# Aktenvermerk

|  |  |
| --- | --- |
| an: | Präsidium |
| von: | Stefan Bogner, BA |
| Kopie an: |  |
| Datum: | 2. November 2017 |

**Stellungnahme zum Antrag Nr. 47 der AUGE/UG betreffend „Klares Nein zu den Angriffen auf den Sozialstaaten von rechts“**

Der vorliegende Antrag kritisiert die in einigen Bundesländern bereits erfolgten Angriffe auf die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (Kürzung für Asyl- und Subsidiär Schutzberechtigte, Einführung von Deckelungen auf 1.500 Euro), geplante Einschnitte bei Familienleistungen, die Polemik gegen die Errungenschaften und Institutionen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie generell die (rassistische) Spaltung und das Gegeneinander-Ausspielen von unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen, womit einer sozialstaatlichen Kürzungspolitik von rechts der Weg geebnet wird. Untermauert wird diese Kritik zum Teil durch einschlägige Passagen in den Wahlprogrammen von FPÖ und ÖVP zur Nationalratswahl 2017, die auszugsweise im Antrag zitiert werden.

Vorweg ist anzumerken, dass die vorgebrachte Kritik durchaus berechtigt ist und nachvollziehbar erscheint, weshalb dem Antragstenor dem Grunde nach auch zuzustimmen ist. Allerdings richten sich sämtliche im Antrag vorgebrachten Forderungen an die Vollversammlung der Arbeiterkammer Salzburg. So wird diese u.a. aufgefordert, sich gegen alle Versuche, das Arbeits- und Sozialrecht auszuhöhlen sowie Versuchen, Menschen gegeneinander auszuspielen, entgegenzutreten und zu bekräftigen, dass für alle Menschen, die österreichischem Recht unterliegen bzw. ihren Lebensmittelpunkt in Österreich haben, die gleichen arbeits- und sozialrechtlichen Standards zu gelten haben. Darüber hinaus wird die Vollversammlung der AK Salzburg aufgefordert, festzustellen, dass es ihre und die Aufgabe der Funktionäre ist, gegen diskriminierende Darstellungen aktiv aufzutreten und gegen die Schwächung der sozialen Sicherheit und des Schutzes von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aktiv zu sein.

Dazu sei angemerkt, dass es unüblich ist, diese inhaltlich richtigen Forderungen an die Vollversammlung der Arbeiterkammer (und damit an sich selbst) zu richten. Zielführend erscheint hingegen, diese Forderungen an die (zukünftige) österreichische Bundesregierung zu adressieren. Es wird daher vorgeschlagen, den Antragstenor beizubehalten und den Forderungsteil folgendermaßen abzuändern sowie die dritte Passage des Forderungsteils überhaupt entfallen zu lassen:

*„Die 9. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg fordert daher die künftige Bundesregierung auf:*

* *Allen Versuchen, das Arbeits- und Sozialrecht auszuhöhlen und Menschen gegeneinander auszuspielen, entgegenzutreten. Das Arbeits- und Sozialrecht ist zum Schutz der Menschen da. Jede Aushöhlung richtet sich nicht allein gegen einzelne Gruppen, sondern gegen alle ArbeitnehmerInnen und ihre Angehörigen.*
* *Zu bekräftigen, dass diese Rechtsgrundlagen für alle Menschen, die im Leben und bei der Arbeit österreichischem Recht unterliegen, in gleichem Maße zu gelten haben und Bestrebungen entgegenzutreten, die Menschen in Gruppen aufspalten, sie auseinanderdividieren und einzelne Gruppen diskriminieren.“*

Die dritte und letzte Passage des Forderungsteils, bei dem die Vollversammlung der Arbeiterkammer Salzburg aufgefordert wird, festzustellen, dass es die Aufgabe der Arbeiterkammer und ihrer Funktionärinnen und Funktionäre ist, gegen tendenziöse, menschenverachtende und diskriminierende Darstellungen aktiv aufzutreten und gegen die Schwächung der sozialen Sicherheit und des Schutzes der ArbeitnehmerInnen aktiv zu sein, könnte überhaupt entfallen. Zum einen gibt es ohnehin einen klaren gesetzlichen Auftrag im Arbeiterkammergesetz und anderseits entsprechen diese Forderungspunkte bereits dem grundsätzlichen Verständnis der Arbeiterkammer Salzburg, wie dies etwa auch im Strategieprozess „Migration und Integration“ zum Ausdruck gebracht wird, der einstimmig vom Vorstand der Arbeiterkammer Salzburg beschlossen wurde. So wird in der Präambel der AK-Migrationsstrategie festgehalten: „Die Arbeiterkammer Salzburg als Interessensvertretung aller ArbeitnehmerInnen hat eine wesentliche wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Verantwortung und wird daher auch im Bereich Migration und Integration ihre Rolle, mit auf ArbeitnehmerInneninteressen ausgerichteten Positionen und Vorschlägen den politischen Kurs mitzugestalten, stärker wahrnehmen. Insbesondere sprechen wir uns gegen jegliche Form der Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gegenüber allen in Österreich lebenden Menschen aus.“

Beschlussvorschlag:

**Annahme des Antrags mit den vorgeschlagenen Änderungen**

Stefan Bogner, BA